

Türkische Außenpolitik nach dem Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997: Europäisch ohne Europa?

Die Diskussionen über die türkische Außen- und Sicherheitspolitik sind nach der Enttäuschung von Luxemburg von Mitte Dezember 1997 weiterhin heftig. Besonders die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben gelitten. Nach der Entscheidung, die Türkei vorerst nicht in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten aufzunehmen, erreichten die Beziehungen zu Europa einen Tiefpunkt wie nie zuvor in der modernen Geschichte der Türkei seit 75 Jahren. Die türkische Politik heißt seit Luxemburg „kein Dialog“ mit der EU, obwohl letztere in den vergangenen zehn Monaten durchaus versucht hat, unter den neuen Voraussetzungen, die seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa entstanden sind und die für die Türkei eine neue Stellung gebracht haben, einen Neubeginn zu unternehmen. Doch befindet sich die Türkei offensichtlich in einem neuen strategischen Umfeld und einer neuen Stimmungslage. Diese sind Gegenstand des folgenden Artikels.

Während des Kalten Krieges lagen die strategischen Herausforderungen für die europäische Sicherheit in Europa selbst; die deutsch-deutsche Grenze war die zentrale Konfrontationslinie. Doch dieser Konflikt hat sich seit der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten im Jahre 1990 aufgelöst und die sicherheitspolitischen Gefahren und Herausforderungen liegen heute an der Peripherie Europas: z.B. im Kosovo und in Bosnien. Diese neue strategische Lage macht es für die amerikanischen und europäischen Entscheidungsträger sehr schwer, den neuen Risiken entgegenzutreten. In diesem neuen Zusammenhang gewinnt die Türkei im Vergleich zu ihrer Rolle im Kalten Krieg eine neue politisch-strategische Bedeutung.

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Die amerikanische Unterstützung für die Türkei und der Druck der Supermacht USA auf die anderen NATO-Länder machten es damals möglich, daß die Türkei trotz heftiger Gegenstimmen der europäischen Staaten (insbesondere Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens und der Niederlande) zusammen mit Griechenland der NATO beitreten konnte.

Während des Kalten Krieges war es selbstverständlich, die Türkei als „untrennbaren Teil des Westens“ anzusehen – zumindest aus türkischer Sicht. Die NATO bot der Türkei den lange gesuchten Schutz gegen den Feind Nummer eins, nämlich gegen die Sowjetunion, die nach dem Zweiten Weltkrieg Gebietsansprüche im Osten der Türkei und an den Meerengen erhoben hatte. In den Jahren des Kalten Krieges wurde die Türkei dann vom Westen militärisch und wirtschaftlich unterstützt. Sie verkaufte ihre geostrategische und geopolitische Bedeutung gut, und dies zum beiderseitigen Nutzen. Aber diese „strategische Bedeutung“ wird jetzt besonders von Europa anders bewertet als von den USA, und diese zwischen Europa und den USA unterschiedlichen Perzeptionen bereiten der Türkei „Kopfschmerzen“.¹

Das klassische strategische Denken in der Türkei änderte sich durch den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und durch den Golfkrieg Anfang der neunziger Jahre. Die geopolitische „Achsenverschiebung“ als Folge dieser Ereignisse versetzte die Türkei in eine neue sicherheitspolitische Lage, die eine Revision der bisherigen Strategie erforderte. Die Türkei bildet das Zentrum eines neuentstandenen geopolitischen Koordinatensystems, sodaß

¹ Mehmet Ali Birand, Strategische Bedeutung bereitet uns Kopfschmerzen, in: Sabah Daily 15.3.1997; Hüseyin Bağcı, Changing American and European Perceptions Towards Turkey, in: Turkish Daily News Probe Magazin 26.7.1998.

die türkische Außen- und Sicherheitspolitik einer neuen Risikoanalyse und einer aktuellen Definition ihrer anstehenden innen- und außenpolitischen Probleme bedarf.²

Anfang des Jahres 1997 wurde die türkische Gefahrenperzeption offiziell nach langen Diskussionen „neu“ formuliert, wobei vor allem die innenpolitischen Entwicklungen ausschlaggebend waren. In einer Erklärung des türkischen Generalstabschefs von Ende April 1997 heißt es amtlich: Der neue offizielle Feind der Türkei ist die separatistische kurdische Terrororganisation PKK und der islamische Fundamentalismus. Seit dem letzten Treffen anlässlich der jährlichen Auswahl der Beförderungen der zukünftigen Generäle der türkischen Armee unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Mesut Yılmaz wurden Syrien und Griechenland als neue Gefahren für die türkische Sicherheit hinzugefügt.³

Die unterschiedliche Bewertung der geostrategischen und, seit dem Ende des Kalten Krieges, auch der geoökonomischen Bedeutung der Türkei durch die europäischen Staaten einerseits und die USA andererseits schafft für die türkische Selbstperzeption im sicherheitspolitischen Bereich neue Probleme. Während die USA eine „stabile und demokratische Türkei“ vorziehen, ist für Europa eine „demokratische und stabile Türkei“ wichtiger. Als Folge dieser unterschiedlichen Betrachtungen, vor allem seitdem die Türkei mit der Entscheidung von Luxemburg ihr Vertrauen in Europa verloren hat, wiegt in der türkischen Außen-, besonders aber in der Sicherheitspolitik die „amerikanische Dimension“ schwerer als die „europäische Dimension“. Diese Einstellung wird vermutlich noch längerfristig Gültigkeit behalten. Die Türkei versteht sich in erster Linie als Verbündeter der globalen Vormacht USA und ist daher gewillt – und sieht sich in der Lage – sich der negativen Haltung der EU zu widersetzen, zumal von der türkischen Regierung die EU-Erweiterung stets mit der NATO-Erweiterung in Verbindung gebracht wird.⁴

Für die Türkei existieren die Strukturen des Kalten Krieges nicht mehr. Die Westorientierung der Türkei wird letztlich bestehen bleiben, trotz der negativen Entscheidung der europäischen Gipfeltreffen in Luxemburg im Dezember 1997 und in Cardiff im Juni 1998,

² Ex-Generalstabschef Necip Torumtay behandelt in seinem 1996 erschienenen Buch diese Entwicklungen aus militärischer Sicht und schlägt vor, umgehend die alten, noch auf den sowjetischen Gefahren basierenden Perzeptionen zu ändern (Degisen Stratejilerin Odaginda Türkiye [Die Türkei unter dem Focus der veränderten Strategien] Istanbul, 1996). Für eine offizielle Sicht siehe den Artikel von Nezihi Cakar, des Beraters des Präsidenten: Turkey's security challenges, in: Perceptions (Ankara), 1 (2), June/August 1996, S. 12-21.- Über die sich verstärkenden Misperzeptionen zwischen der Türkei und Rußland siehe: Hüseyin Bağcı, Russia and Turkey: Growing Misperceptions, in: Turkish Daily News Probe Magazine 19.7.1998.

³ Diese Perzeption der Gefahr ist ganz neu und war auch für die sich verstärkende Rolle der Militärs vor allem in der innenpolitischen Entwicklung seit dem 28.2.1997 wichtig, als die Militärs die Koalitionsregierung unter Erbakan mit Tansu Çiller erzwangen, um den fundamentalistischen Gruppierungen und Aktivitäten mit Härte entgegenzutreten. Dieses Datum wird als ein Wendepunkt der türkischen Innenpolitik betrachtet und als „postmodern coup d'état“ in der Türkei bezeichnet. Eine sich nach innen orientierende Gefahrenperzeption wird langfristig für die Türkei viele Probleme mit sich bringen. Bezüglich der PKK und deren innenpolitischen Einwirkungen bieten folgende Arbeiten eine kritische Sicht: Kemal Kirisci and Gareth Winrow, The Kurdish Question and Turkey (London: Frank Cass, 1997); Henry J.Barkey/Graham Fuller: Turkey's Kurdish Question: Critical turning Points and Missed Opportunities, in: Middle East Journal, 51 (1), Winter 1997. Für die Details siehe Hürriyet Daily, 6.8.1998.

⁴ Für die amerikanischen bzw. europäischen Sichtweisen repräsentative Artikel: Stephen Larrabee, U.S: and European Policy toward Turkey and the Caspian; sowie Heinz Kramer und Friedemann Müller, Relations with Turkey and the Caspian Basin Countries; beide in: Divided Allies, hrsg. von Robert Blackwill und Michael Stürmer (Cambridge 1997), S.143-175 bzw. S.175-203. Das Buch von Zbigniew Brzezinski (The Grand Chessboard: American Primacy and its geostrategic imperatives [New York: Basic Books, 1997]) wurde seit Oktober 1997 das „heilige Buch“ der türkischen Entscheidungsträger und Strategen sowie der Militärs und half so, die „amerikanische Dimension“ in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärken. Für eine türkische Sicht siehe Sükrü Elekdag, ABD stratejisi ve Türkiye (U.S. Strategy and Turkey), in: Milliyet Daily, 03.08.1998.

der Türkei in absehbarer Zeit keine Perspektive für die Vollmitgliedschaft anzubieten. Doch die meisten türkischen Spitzenpolitiker haben durchaus das Gefühl, daß die Türkei von Europa ausgeschlossen und in Richtung Mittelmeer und Nahost abgeschoben werden soll. Daher nahm die Enttäuschung in der Türkei mehr und mehr zu. In den letzten zwölf Monaten hat diese Stimmung freilich etwas nachgelassen: so erklärte z.B. der türkische Außenminister Ismail Cem seit Luxemburg unermüdlich, daß die EU-Mitgliedschaft für die Türken keine Obsession oder fixe Idee sein sollte. Er entwickelte das Konzept eines „globalen Staates“, das jedoch bisher noch keine konkreten inhaltlichen Formen angenommen hat. Seine größte Hoffnung ist die neue Generation. Die Türkei sollte „zu einem globalen Staat werden, der als Vorbild dient mit seiner Demokratie, seinem Säkularismus, seiner Achtung der Menschenrechte und seiner überlieferten, charakteristischen Toleranz,... [ein Vorbild, das] wirklich die Forderungen des Mottos unseres bedeutenden Führers, Atatürk, erfüllt, ‚Friede zu Hause, Frieden in der Welt‘; ein Staat, der im Wettbewerb steht mit den besten Bereichen der Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft und der zu einem der bedeutenderen Anziehungspunkte wird mit seiner geschichtlichen Leistung, seinem kulturellen Reichtum, seinem Humanismus und seinem Gefühl der Identität mit allen zeitgenössischen Werten.“⁵

Vor allem sein Konzept, daß die Türkei nicht an der Peripherie Europas, sondern im Zentrum der euro-asiatischen Region liegt, hat in letzter Zeit viele Anhänger gefunden. In seinen Worten gesagt, versuche er „to change the scope of our foreign policy. We no longer perceive ourselves as country on the outer periphery of Europe. Of course we are part of Europe. But now we see ourselves as a pivotal country in the emerging geography of Euroasia. Enormous amounts of oil and gas are beginning to flow out of the Caspian Basin. China is emerging as an economic giant. Goods will soon be moving in huge volumes around this region. You have only to look at a map, and to understand the size of Turkish economy, to realize that we are in a very new and very important position.“ In seinem neuen Konzept spielt die „historische Dimension der Türkei“ eine große Rolle, wenn er sagt: „Turkey has for years had a foreign policy in which the historical factor did not exist. We are bringing that factor back into play. When I go to places like Macedonia, Albania, Bosnia, Azerbaijan and central Asia, I see that it brings a very positive response. Even in Jerusalem, I was told very proudly that the walls of the Old City were built by a Turkish sultan. People are aware of the history they share with us.“⁶

Die türkischen Politiker und Intellektuellen waren jedoch bis zum EU-Gipfel von Luxemburg nicht imstande, sich diesem Paradigmenwechsel anzupassen. Die Ursache liegt darin, daß die Türkei von diesen Entwicklungen unvorbereitet überwältigt wurde und noch keine neue Vision entwickeln konnte. Die innenpolitischen Schwierigkeiten und die politische Instabilität waren weitere Gründe für das Fehlen einer Strategie. Hinsichtlich der Enttäuschung der Türkei über die EU führte General Cevik Bir schon Anfang November 1997 – also noch vor dem Gipfel in Luxemburg, und die mögliche negative Entscheidung der EU vorausahnend – in einem Seminar in Ankara das folgende Beispiel an, das in der Tat für die Stimmung zu dieser Zeit sehr zutreffend war: „Heute fragt man auf der Straße, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn die Türkei in den letzten 40 Jahren ein Mitglied des kommunistischen Warschauer Paktes gewesen wäre und die europäische Sicherheit gefährdet hätte, ob sich dann der Beitritt der Türkei in die EU nicht schneller hätte realisieren lassen können. Man sollte dies nicht als eine Übertreibung ansehen. Die EU versucht heute

⁵ Vgl. Ismail Cem, Turkey: Setting Sail to the 21st Century, in: Perceptions (Ankara), 2 (3), September-November 1997, S. 7.

⁶ Stephen Kinzer, Foreign Minister Wins New Respect for Turkey, in: International Herald Tribune, 3.8.1998; und besonders für die „Terminal position“ der Türkei: Turkish Foreign Ministry Statements, April 1998.

einerseits, die Türkei aus Europa auszuschließen, und andererseits übersieht sie total die Besorgnisse der Türkei im sicherheitspolitischen Bereich. Das ist ungerecht“.⁷

Diese Aussage von General Cevik Bir ließ dann in der Türkei die Diskussionen über die kommende NATO-Osterweiterung wieder aufflammen. Denn für die Türkei bedeutet, wie vorher erwähnt wurde, die EU-Erweiterung und die NATO-Osterweiterung einen zusammenhängenden Fragenkomplex. Daher ist es angebracht, die Diskussionen über die NATO-Osterweiterung näher zu beleuchten.

Die türkische Diskussion über die NATO-Osterweiterung

Die NATO-Osterweiterung wurde im Jahr 1998 ein besonders aktuelles Thema in der türkischen sicherheitspolitischen Diskussion, die mit der Enttäuschung von Luxemburg verbunden war. Der türkische Außenminister Ismail Cem schrieb in einem Artikel, wie die Türkei Europa sehe und brachte einer ablehnenden Haltung der EU eine neue Argumentation entgegen: „Europa erscheint in einer neuen Gestalt. Eine neue Sicherheitsarchitektur entwickelt sich in Europa mit dem Ziel, stärkere transatlantische Verbindungen aufzubauen, welche die Interessen und Verpflichtungen der großen Akteure wie Rußland berücksichtigt. Mit den Erweiterungen von NATO und der Europäischen Union nähern wir uns zum ersten Mal in der Geschichte der Aussicht auf Überwindung der jahrhundertealten Teilungen in Europa zum Guten. Wir nähern uns einem Zustand, in dem wir behaupten können, der Kontinent sei einig und frei. Der Boden ist bereitet, um Konzepte der Sicherheit und des Wohlstands für alle umzusetzen.“⁸

In den Jahren 1995 und 1996 stellte die damalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller die EU-Mitgliedschaft als Priorität ihrer Politik dar und versprach der türkischen Öffentlichkeit, bis zum Jahre 2000 EU-Mitglied zu sein. Im Juli 1996 bildete sie mit Necmettin Erbakan, der die islamistische Refah-Partei führte, eine Koalitionsregierung, in der sie Außenministerin wurde. Anfang 1997 verband Tansu Ciller die Forderung der Türkei nach einer Vollmitgliedschaft in der EU mit der Drohung eines Vetos gegen die NATO-Osterweiterung. Nach Tansu Ciller werde die türkische Regierung einer Ausdehnung der Allianz nur zustimmen, wenn „endlich mit dem Beitritt der Türkei zur EU ernstgemacht wird.“⁹

Eigentlich wollte sie die innenpolitischen Schwierigkeiten der Koalitionsregierung durch einen außenpolitischen Erfolg überwinden. Die Koalitionsregierung unter Erbakan mußte dann im Juli 1997 zurücktreten, womit die Drohung eines Junktims zwischen der Haltung der EU gegenüber der Türkei und der türkischen Zustimmung zur NATO-Osterweiterung aufgehoben wurde. Die neue Koalitionsregierung unter Mesut Yilmaz, die seit Juli 1997 amtiert, hat diese Frage zwar bislang noch nicht mit großer Intensität behandelt, ist jedoch damit konfrontiert, bis zum Ende des Jahres 1998 eine Entscheidung zu treffen, welche möglicherweise ein „Ja“ zur NATO-Osterweiterung sein wird.¹⁰

Auf die Frage, warum Tansu Ciller die NATO-Osterweiterung mit einem so eindeutigen Veto bedroht hat, kann man rückblickend vermuten, daß auch einige wissenschaftliche Diskussionen und die Meinung des Staatspräsidenten Süleyman Demirel ihr geholfen haben könnten, ihre Position in dieser Frage zu zementieren. In der akademischen Welt erschienen nämlich zu dieser Zeit einige Artikel, die eine mögliche NATO-Erweiterung ohne türkische

⁷ Tufan Türenc, Lohnt es sich für den Westen?, in: Hürriyet Daily, 7.11.1997.

⁸ Ismail Cem, Turkey Setting Sail to the 21st Century, in: Perceptions, 2 (3), September/November 1997, S. 6-7.

⁹ Sabah Daily vom 7.1.1997.

¹⁰ Hüseyin Bağcı, NATO-Enlargement and Turkey, in: Turkish Daily News, 27.7.1998.

Vollmitgliedschaft in der EU als nicht mit den türkischen nationalen Interessen vereinbar bezeichneten.

Einer davon war Ali L. Karaosmanoglu von der Bilkent Universität in Ankara, ein Kenner der türkischen Sicherheitspolitik. In einem Aufsatz in der türkischen Zeitschrift „Foreign Policy“ analysierte er mögliche Folgen der NATO-Erweiterung für die Türkei und wies auf Schwierigkeiten bei diesem Prozeß hin – dies könnte für die türkische Regierung und Außenministerin Tansu Ciller richtungsweisend gewesen sein: „Das Ziel der NATO-Erweiterung soll die Vertiefung von Sicherheit und Stabilität in dem breiteren europäischen strategischen Umfeld sein. Dieses kann jedoch nicht erreicht werden, wenn nur die stabilen Teile Europas integriert werden und die instabilen mehr oder weniger ausgeschlossen bleiben. In jedem Falle erscheint eine Erweiterung ohne die Provokation einer schädlichen Reaktion aus Rußland und ohne Induzierung neuer Teilungen in Europa unter den gegebenen Umständen unwahrscheinlich. Die möglichen negativen Folgen der Erweiterung werden zunehmend in den westlichen Hauptstädten diskutiert. Die nationalen Legislativen der NATO-Mitglieder werden sich dieser problematischen Aspekte der Erweiterung zunehmend bewußt. Eine Weigerung der nationalen Parlamente, die Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz zu billigen, hätte einen hochgradig demoralisierenden Effekt bei den Bevölkerungen Ost- und Ostmitteleuropas und würde als ein zusätzlicher destabilisierender Faktor in jenen Ländern wirken. Auf der anderen Seite wäre es ein großer Fehler, die neuen Demokratien vom übrigen Europa zu entfremden. Was nun benötigt wird, ist eine umfassende realistische Integrationspolitik für die neuen Demokratien in Europa und für die Türkei.“¹¹

Die NATO-Osterweiterung ist für Karaosmanoglu demnach eine voreilige Entscheidung, die Rußland herausfordern könnte. Daher sollte der Westen sehr vorsichtig sein. Denn wenn Rußland diese Maßnahme als aggressiv und expansionistisch wahrnehmen sollte, dann könnte die territoriale Integrität der ostmitteleuropäischen Staaten in der Tat gefährdet sein. Daher wäre die NATO-Erweiterung eine sehr sensible Option. Mit anderen Worten will er sagen, daß die Türkei in die EU aufgenommen werden sollte, um deren Sicherheit zu stärken. Die türkische Sicherheit ist nicht von der Sicherheit der EU zu trennen.¹²

Sadi Ergüvenc, ein pensionierter Luftwaffengeneral, argumentierte ebenso. Als assoziiertes Mitglied der EU und der WEU würde die Türkei besorgt sein, aus der zu gründenden europäischen Verteidigungsstruktur (d.h. der Verschränkung von WEU und EU) ausgeschlossen zu werden. Denn dies würde bedeuten, daß sich der türkische Beitrag für die europäische Verteidigung lediglich auf die NATO-Strukturen beschränken müßte. „Die Türkei soll daher in Zukunft Vollmitglied in der EU und der WEU werden, um zu den Aufgaben dieser Institutionen noch effektiver beitragen zu können.“ Er geht weiter und sagt: „Da die Mitgliedschaft in der EU [für die neu aufzunehmenden Staaten in Ostmitteleuropa] voraussichtlich den Weg zur NATO-Mitgliedschaft ebnet und vice versa, hat die Türkei ein ernsthaftes Interesse, im Prozeß der Entwicklungen der europäischen Institutionen involviert zu sein. Im Bewußtsein, daß die Erweiterung von EU und NATO sich gegenseitig nicht notwendig bedingen, sollte die Türkei beides als separate, aber aufeinander einwirkende Handlungsfelder behandeln und versuchen herauszufinden, auf welche Weise diese die türkische Sicherheit sowie ihre Rolle und ihren Platz in Europa beeinflussen. Folglich sollte

¹¹ Ali. L. Karaosmanoglu, NATO-Enlargement: Does it Enhance Security?, in: Foreign Policy (Ankara), 20 (1-2), 1996, S. 29-30. Für eine umfassende Studie über die NATO-Osterweiterung und deren Implikationen siehe: Die Debatte über die Kosten der NATO-Osterweiterung, hrsgg. von August Pradetto und Fouzieh Melanie Alamir (Demokratie, Sicherheit, Frieden Bd.119, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1998).

¹² Ebd.

die Türkei definieren, was aus ihrer Sicht der beste Weg zum Aufbau der Beziehungen zur EU/WEU wäre.¹³

Der türkische Staatspräsident Demirel beschrieb vor ausländischen Journalisten Anfang 1996 in seiner jährlichen Pressekonferenz über die Ziele der Türkei unter anderem die Haltung der Türkei bezüglich der NATO-Erweiterung wie folgt: „Die Erweiterung der NATO ist ein langfristiges Ziel. Die Aufnahme neuer Mitglieder sowie die gemeinsamen politischen und militärischen Verpflichtungen sind facettenreiche und komplizierte Angelegenheiten. Die NATO-Erweiterung sollte zur europäischen Stabilität und Sicherheit beitragen. Der Einfluß der Allianz muß gestärkt werden. Wege zu neuen Teilungen in Europa müssen abgeschnitten werden. Um dieses Ziel zu verwirklichen, muß die Erweiterung ein Mittel, kein Ziel an sich sein. Den Bestrebungen der mitteleuropäischen Länder muß mit Verständnis begegnet werden, und es ist unsere Überzeugung, daß wir Schritte unterlassen sollten, die möglicherweise zur falschen Zeit erfolgen und schlecht kalkulierbar sind und somit neue Instabilitäten heraufbeschwören können. Frieden, Stabilität und Wohlfahrt in Europa können nur durch die Erweiterung des institutionellen Rahmenwerkes auf dem politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Feld erreicht werden. So wie wir eine allgemeine Zustimmung zur Mitgliedschaft der jungen osteuropäischen Demokratien in der NATO, der WEU und der EU konstatieren können, so sollte ein ähnlicher Ansatz hinsichtlich der türkischen Mitgliedschaft in der EU und der WEU verfolgt werden.“¹⁴

Ein weiterer Vertreter des Vetos gegen die NATO-Osterweiterung war der stellvertretende Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission des türkischen Parlaments, Bülent Akarcali von der Mutterlandspartei, der jedoch in letzter Zeit von dieser Meinung abgekommen zu sein scheint. Seiner Meinung nach würde die NATO-Osterweiterung nur den beitretenden Ländern und der Rüstungsindustrie zugute kommen, nicht aber der Türkei. Er würde daher kein „Ja“ vom türkischen Parlament zur Osterweiterung erwarten. Seine Meinung wurde auch von den anderen Oppositionsparteien in deren politischen Statements unterstützt, ist aber, wie die letzten Entwicklungen zeigen, nicht mehr die vorherrschende im türkischen Parlament.

Auch in Zusammenhang mit dieser Diskussion über die NATO-Osterweiterung sind die türkischen Strategen über die veränderte russische Haltung gegenüber der Türkei in den letzten Jahren zunehmend besorgt. Seit dem Verkauf russischer S-300 Raketen an (Süd-) Zypern wird in der Türkei erwartet, daß Rußland, insbesondere angesichts einer positiven türkischen Haltung zur NATO-Erweiterung, an der Peripherie der türkischen Grenzen eine aggressivere Politik betreiben könnte. Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß sich bis vor kurzem nicht viele Politiker zu diesem aktuellen Thema äußerten; auch die Militärs waren in dieser Frage sehr schweigsam. Es gab weder Deklarationen noch irgendwelche schriftlichen Stellungnahmen in dieser Hinsicht. Auch der Generalstabschef der türkischen Armee, General I. Hakki Karadayi, der noch im Mai 1998 mit einem Besuch in Moskau vergeblich versucht hatte, den Verkauf der S-300 Raketen an Zypern zu stoppen, und der dann im September 1998 in Pension ging, versuchte immer wieder, diese Frage zu umgehen und nicht Position zu beziehen. Ein Grund dafür könnte freilich sein, daß die Militärs in letzter Zeit für ihre innenpolitischen Einmischungen sehr stark kritisiert wurden und daher nicht auch noch in dieser außenpolitischen Frage, die als Aufgabe des Parlaments angesehen wird, unnötige Kritik hinnehmen wollten – dies der Tenor in privaten Gesprächen in militärischen Kreisen.

¹³ Sadi Ergüvenc, Turkey: Strategic Partner of the European Union, in: Foreign Policy (Ankara), 20 (1-2), 1996, S. 10.

¹⁴ Turkey Towards 1996: The Developments in 1995 and the Goals of 1996, President Süleyman Demirel's Press Conference, 20.1.1996 (Ankara: Prime Ministry Publishing House, 1996), S. 45f.

Die Frage nach den Gründen dieser im allgemeinen geringen Aufmerksamkeit der Politiker und Militärs gegenüber der NATO-Erweiterungsproblematik ist schwer zu beantworten. In Wahrheit hat die Türkei kein umfassendes eigenes Konzept für die NATO-Osterweiterung entwickelt. Die türkische Regierung sah hier ihre eigenen Interessen als kongruent mit denjenigen Europas und der USA, und folgte im wesentlichen der US-amerikanischen Politik. Die amerikanische Präsenz in Europa ist für die Türkei sehr wichtig. Deshalb wurde diese Frage bislang nicht zur Disposition gestellt und wird auch bis zur Ratifizierung der NATO-Osterweiterung durch das türkische Parlament kein großes Thema sein. Aber gerade für Europa ist es bedeutsam, daß dieses türkische „Ja“ nicht deshalb zustande kommen wird, weil die Türkei den europäischen NATO-Ländern einen Gefallen erweisen möchte, sondern ausschließlich, weil die Türkei die USA immer noch als ihren verlässlichen Bündnispartner betrachtet.¹⁵

Ein weiterer Grund liegt in den außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der Türkei – hier spielen naturgemäß der Mittlere Osten, die Kaukasusregion und Zentralasien eine wichtige Rolle.

Die Presseerklärung des Staatspräsidenten von Ende 1997 zeigte die große Enttäuschung der Türkei über die Entscheidungen des Luxemburger EU-Gipfels: Weder die Türkei selbst noch die anderen Balkan- und Mittelmeerländer sind bei der ersten Runde der EU-Erweiterung berücksichtigt worden. Umso mehr Gewicht wurde wieder der NATO-Erweiterung zugemessen. So unterstrich Präsident Demirel Ende Dezember in einer Rede, die live im Fernsehen übertragen wurde, die Bedeutung der Grundakte zwischen der NATO und Rußland vom Mai 1997 und setzte zur Osterweiterung fort: „Der NATO-Gipfel in Madrid im Juli bezeichnete einen historischen Wendepunkt bezüglich der Anstrengungen der NATO-Mitglieder zur Friedenssicherung in Europa. Während des Gipfeltreffens wurden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn zu Beitrittsverhandlungen mit der NATO eingeladen. Auf dem Gipfel betonte die Türkei, daß die Entscheidung hinsichtlich der NATO-Ausdehnung als ein erster Schritt in die richtige Richtung gesehen werden sollte, die weiter verfolgt werden müsse, da kein Land aus der Balkanregion zum Beitritt eingeladen wurde. Wir werden weiterhin auf die Bedeutung der NATO-Erweiterung nach Südeuropa und in die Mittelmeerregion hinweisen.“¹⁶

Es gibt aber auch gegenteilige Meinungen, vor allem in Intellektuellenkreisen. Viele Meinungsmacher sehen in der NATO-Erweiterung die historische Chance, daß die Türkei durch Ihr „Ja“ die Sympathie der Beitrittsländer gewinnen kann und dann in einem erweiterten Europa höheres Ansehen genießen wird. Präsident Demirel und Ministerpräsident Yılmaz haben in den letzten zwei Jahren alle in Frage kommenden Länder besucht. Man könnte diese außenpolitische Offensive der Türkei im Rahmen der NATO-Erweiterung als „Politik der Hintertür“ bezeichnen. Ankara ist auch ein politisches „Mekka“ für die NATO-Beitrittsländer geworden, die immer noch die Befürchtung haben, die Türkei könnte diesen Prozeß durch Ihr Veto verhindern, was mittlerweile freilich höchst unwahrscheinlich ist.

Im Zusammenhang mit der Frage der NATO-Osterweiterung traten auch die türkisch-russischen Beziehungen in eine neue Phase ein. Anfang der neunziger Jahre, nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des Sowjet-Imperiums, herrschte in der Türkei eine Hochstimmung, weil der bisherige Feind Nummer Eins nicht mehr existierte: erstmals seit dem Abkommen von Kütchük Kaynarca aus dem Jahre 1775 war Rußland kein direkter Nachbar der Türkei mehr. Die Türkei war auch eines der ersten Länder, die die nach der

¹⁵ Hüseyin Bağcı, Turkey and NATO-Enlargement, in: Turkish Daily News 27.7.1998.

¹⁶ Turkey Towards 1998: The Developments in 1997 and the Goals of 1998, President Süleyman Demirel's Press conference, 27 December 1997 (Ankara: Prime Ministry Publishing House, 1996), S. 8f.

Auflösung des Sowjet-Imperiums entstandenen Republiken anerkannten. Insbesondere zu den zentralasiatischen „Turk-Republiken“ entwickelten sich rege Kontakte, zumal diese Staaten in der Türkei eine Art „Modell“ sahen. Rußland verfolgte diesen Prozeß naturgemäß höchst mißtrauisch, und versuchte daher, den Einfluß der Türkei im Kaukasus und in Zentralasien unter Kontrolle zu halten, wenn man ihn schon nicht verhindern konnte.

Während sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei seit dem Ende des Kalten Krieges sehr gut entwickelten, lassen die politischen Verbindungen zu wünschen übrig. Seit über zwei Jahren war kein türkischer Politiker zu Besuch in Rußland; die Kontakte liefen lediglich auf Beamtenebene. Die russische Regierung ist darüber wohl nicht unglücklich – aus türkischer Sicht stellt sich freilich die Frage, warum man ein derart großes und wichtiges Land so sehr vernachlässigt? Europäische Staaten würden sich an der Stelle der Türkei sicherlich ganz anders verhalten. Für Rußland allerdings machen die neuen strategischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gegebenheiten in der Region Schwarzes Meer, Kaukasus und Mittelasien die Türkei zu einem unerläßlichen Partner für das kommende Jahrhundert. Eine Osterweiterung der NATO, die später auch die Ukraine einbeziehen könnte, könnte der Türkei mehr Möglichkeiten bieten, konstruktiv zu einer europäischen Sicherheitsstruktur beizutragen.¹⁷

Die letzten Entwicklungen in den türkisch-russischen Beziehungen verschärften allerdings das Klima zwischen beiden Ländern, weil Rußland derzeit Griechenland sehr unterstützt – türkische Politiker sprechen bereits vom „orthodoxen Gürtel“ auf dem Balkan. In beiden Ländern erlebt die Orthodoxe Kirche eine Renaissance und hat großen Einfluß auf die Tagespolitik, obwohl dies weder die russischen noch die griechischen Politiker zugeben würden. Die Türkei verfolgt diese Entwicklung mit großer Besorgnis. Denn das zaristische Rußland wollte ja schon im 19. Jahrhundert als Schutzmacht für die orthodoxen Gläubigen im Osmanischen Reich auftreten. Der griechische Unabhängigkeitskrieg gegen das Osmanische Reich (1820-29) und vor allem der Krimkrieg (1854-56) sowie die folgenden Konflikte auf dem Balkan (1876-78, 1897, 1912/13) gingen auf die russische Ausdehnungspolitik in dieser Region zurück. Henry Kissinger schrieb, daß die russische Außenpolitik heute noch die Mission hat, das Prinzip der Orthodoxie zu schützen und zu bewahren. Diese „russische Psychologie“, so Kissinger, habe sich bis jetzt nicht verändert.¹⁸ Türkische Politiker wissen ganz genau, daß sich diese „eternal friendship“ zwischen Rußland und Griechenland in den neu entstandenen regionalen und globalen Konstellationen fortsetzen wird und Griechenland neben der EU auch Rußland „benutzen“ würde, um die Türkei auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen. Daher gewinnt die NATO-Osterweiterung für die Türkei eine besondere Bedeutung und bietet eine große Chance: als regionale Macht, aber auch zur Herstellung eines Gleichgewichts gegenüber Rußland. Die Türkei liegt seit dem Ende des Kalten Krieges im Schnittpunkt von verschiedenen Kräften und wird es in diesem veränderten geopolitischen Umfeld schwer haben, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Die neuen Konstellationen erfordern eine Neudefinition der türkischen Interessen. Die NATO-Osterweiterung bietet diesbezüglich gute Möglichkeiten; für die Türkei ist es besonders beruhigend zu wissen, daß Rußland nicht imstande ist, gegenwärtig diesen historischen Prozeß zu stoppen.¹⁹

¹⁷ Duygu Sezer, From Hegemony to Pluralism: The Changing Politics of the Black Sea, in: SAIS Review, 17 (1) Winter/Spring 1997, S. 1-30; Nur Bilge Chriss, Between Discord and Cooperation: Turkish-Russian Relations after the Cold War (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-AP 2988, Ebenhausen, Dezember 1996); Dimitri Trenin, Russia and Turkey: A cure from Schizophrenia, in: Perceptions, 2 (2), June/August 1997; Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard (New York 1997), hier besonders Kapitel 3 und 4; Hüseyin Bağcı, Turkey and Ukraine: Two Headbridges in the next millenium, in: Turkish Daily News, April 2, 1998.

¹⁸ Henry Kissinger, Diplomacy (New York: Simon & Schuster, 1994).

¹⁹ Für eine umfassende Diskussion dieser Frage vgl.: Im Kreuzigungspunkt der Kräfte – Die Türkei in einer

Türkei-EU-USA: Eine neue Dreiecksbeziehung?

In den letzten zehn Jahren ist ein neues Verhältnis zwischen der Türkei, Europa (d.h. der EU) und den USA im Entstehen, welches die Türkei zwingt, ihre bisherige Haltung und Politik gegebenenfalls zu revidieren. Besonders seit dem Luxemburger Gipfel haben sich viele Fragen ergeben, die einer klaren Antwort bedürfen. Wie sieht die Türkei eine Vollmitgliedschaft in die EU? – Welche Auswirkungen haben die Beschlüsse von Luxemburg und Cardiff für die Beziehungen der Türkei zur EU bzw. im erweiterten Sinn zu Europa? Welche innen- und außenpolitischen Einwirkungen haben diese letzte Entscheidungen in der Türkei? Sehen sich die Türken als „Europäer“ und wie entwickelt jetzt deren Selbstverständnis nach Luxemburg? Und weiter: Welche Politik, Ziele und Intentionen hat die EU hinsichtlich der Türkei? Inwiefern sehen die Europäer die Türkei als „europäisch“ oder als ein potentiell „europäisches Land“ an? Gibt es innerhalb der EU „Türkei-freundliche“ Länder? Wie werden die türkisch-griechischen Beziehungen im Rahmen der EU-Politik gelöst werden? Wird die USA die Türkei weiterhin unter ihren Schutz nehmen so wie bisher? Denken die USA im Falle der Türkei „strategischer“ als die EU? Wenn ja, was sind die Gründe dafür? Wie können die USA und die Türkei ihre Politik gegenüber der EU und Europa koordinieren? Wieweit kann sich die Türkei in ihren Beziehungen zu Europa auf die amerikanische Rückendeckung verlassen?

Sicherlich gibt es auch noch viele andere Fragen, auf die man im Detail eingehen könnte. In diesem Artikel soll aber hauptsächlich auf die „EU-zentrierten Fragen“ eingegangen werden.

Seit der Luxemburger Entscheidung ist unter der breiter Massen und den Eliten eine verstärkte anti-europäische Einstellung zu verzeichnen. Zum ersten Male zeigten auch die politischen Parteien in der Regierung, deren Parteiprogramme alle pro-europäisch sind, eine zumindest distanzierte, wenn nicht negative Haltung gegenüber Europa. Bis dahin befürworteten alle Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien die europäische Integration. Die türkische Regierung interpretierte die Entscheidung von Luxemburg als diskriminierend und als politische Entscheidung unter dem Einfluß Griechenlands. Die herrschende Meinung in der Türkei ist, daß die Türkei „unfair“ behandelt worden ist. Während elf Länder – darunter auch Zypern – den „Kandidaten-Status“ erhielten, blieb dieser der Türkei verwehrt; man begnügte sich mit dem speziellen Status einer „pre-accession strategy“. Die türkische Regierung erklärte, daß man diese „unfaire“ Behandlung der Türkei seitens der EU nicht akzeptieren könne. Denn die EU verband die türkische EU-Anwartschaft mit der Erfüllung (innen-) politischer Konditionen. Daher, so Ministerpräsident Yilmaz am 14. Dezember 1997 unmittelbar nach dem Gipfel von Luxemburg, würde die Türkei in der Zukunft an keiner Konferenz der EU mehr teilnehmen, wenigstens „solange ich Ministerpräsident bin.“²⁰

Die Zypernfrage berührt die Türkei natürlich besonders. Die Entscheidung der EU nur sechs Monate nach dem Gipfel von Luxemburg, mit Zypern bereits Verhandlungen mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft in der EU zu beginnen, verstärkte noch die „Anti-EU“-Haltung der Regierung in Ankara. Für die Türkei besiegelte diese Entscheidung de facto die Teilung der Insel, da die griechischen Zyprioten nun keine seriöse Intention mehr haben würden, das Zypernproblem zu lösen. Wenn aber die griechischen Zyprioten wüßten, daß es ohne die Lösung auf der Insel keine Mitgliedschaft in die EU geben könnte, dann würden sie an den Verhandlungstisch kommen. Vor allem der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Ecevit nahm nach der Luxemburger Entscheidung der EU eine stärkere Position in der Zypernfrage

veränderten politischen Umwelt (Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll 109, Hamburg 1997).

²⁰ The Financial Times, 15.12.1997; Yilmaz: Turkey to Withdraw Application if Stand not Revised, in: FBIS, 17.12.1997.

ein, und diese Politik dauert an. Die „non-dialogue“-Politik der türkischen Regierung gibt ihr in dieser Frage einen größeren Spielraum, da nicht mehr mit der EU diskutiert wird, was auf der anderen Seite für die EU einen politischen Rückschlag bedeutet.

Auch das Parlamentarische Komitee, das Beziehungen zwischen der Türkei und der EU untersuchte, kam zu demselben Schluß wie die Regierung. Diesem Komitee gehören Mitglieder aller im Parlament vertretenen politischen Parteien an; nach ausführlichen „Hearings“ mit einflußreichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern kam es zu dem Schluß, daß sich die EU der Türkei gegenüber ungerecht verhalten hat. Als Folge davon hat die Türkei ihr Vertrauen in die EU im wahrsten Sinne des Wortes verloren. Der deutsche Botschafter in Ankara, Hans-Joachim Vergau, kritisierte in einem Zeitungsinterview vor dem Gipfel in Cardiff im Juni 1998 die „non-dialogue“-Politik der türkischen Regierung sehr hart: „The rejection of political dialogue is something very alien to European thinking and practice. How can you reject a political dialogue when you are interested in the accession strategy? It is a little bit like somebody applying to join a soccer team but only being ready to discuss how to dress but not how to play. [...] Turkey is deemed to be an acceptable candidate. I believe that Turkish public opinion is much more intelligent than some politicians may assume. Don't you agree? People realize that to give up the accession plan is to withdraw the country from globalization process. I am convinced that the majority here is still in favor of accession in the EU, one of the main reasons being that they don't believe there is an alternative. Therefore we are going to put the car back on the road. We need to be patient. There is no alternative for Turkey and by the way, the Europeans also have in my view no alternative but to bring Turkey systematically, and step by step, into the European Union.“²¹

Der türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz hat die negative Entscheidung von Luxemburg innenpolitisch genutzt und trug durch seine Erklärungen dazu bei, daß die Anti-Europatendenz weiter stieg. Er brachte darin die Enttäuschung über das ungerechte Verhalten der EU zum Ausdruck; für die tief enttäuschte türkische Nation waren seine Worte wie Balsam auf der Wunde. Bewußt oder unbewußt reduzierte er diese Entscheidung auf die religiös-kulturelle Ebene, wenn er in seinen Reisen im Inland der Wählern immer wieder sagte: „Diejenigen, die die EU in einen christlichen Club verwandeln wollten, haben sie gewonnen“.²²

Sicherlich spielten zwei Ereignisse für die türkische Empörung eine besonders große Rolle. Das erste war die Erklärung der Parteiführer der europäischen Christdemokratischen Parteien in Brüssel am 4.3.1997, die EU sei ein Zivilisationsprojekt und die Türkei habe darin als islamischer Staat keinen Platz – obwohl dies später offiziell dementiert wurde, war es für die Türkei bereits ein wichtiges Signal für die Luxemburger Entscheidung. Das andere Signal kam wenige Tage vor dem Gipfeltreffen in Luxemburg, als der luxemburgische Ministerpräsident Juncker erklärte, ein Land, in dem jeden Tag gefoltert wird, könne nicht am Tisch der EU sitzen. Diese Aussagen waren, wie später auch von anderen EU-Staaten zugegeben wurde, weder politisch noch diplomatisch klug, und riefen in der Türkei große Empörung hervor.

²¹ Trotz der optimistischen Sicht des Botschafters bleibt der Vertrauensverlust der Türken als Faktum, das schwer zu ändern sein wird. Hüseyin Bağcı, After Cardiff who will pay the price?, in: Turkish Daily News, 29.6.1998.

²² Financial Times, 18.12.1998, und fast alle türkischen Zeitungen in den folgenden Tagen und Wochen. Der Stellvertretende Generalsekretär der Mutterlandspartei und der ehemalige Kulturminister Agah Oktah Güner sagte in seiner Rede vor dem Türkischen Parlament am 17. Dezember 1997, die vom Fernsehen live übertragen wurde, daß EU ein christlicher Club sei und Europa die Türken als eine große Nation immer noch fürchte, so wie dies in der Geschichte immer der Fall gewesen sei. Die Türkei würde, so Güner, nur wegen ihrer religiösen und kulturellen Unterschiede diskriminiert. Parlaments TV, 17.12.1997, Live-Übertragung aus dem türkischen Parlament.

Die türkische Kritik an der Luxemburger Entscheidung konzentrierte sich auf die Bedingungen, unter denen der Türkei der Status eines „Kandidaten“ gewährt würde – diese „Kopenhagen-Kriterien“ waren für die türkische Regierung inakzeptabel, weil sie nur für die Türkei, nicht aber für die übrigen elf Kandidaten galten. Einige Monate nach der Luxemburger Entscheidung begann sich in der Türkei dann die Meinung durchzusetzen, daß Deutschland und Griechenland die eigentliche Barriere für die türkische EU-Mitgliedschaft sind. Vor allem glaubte man, daß die EU zum „politischen Gefangenen“ Griechenlands geworden war – viele Länder, welche die Türkei nicht in die EU wollten, benutzten dies als Vorwand. Aber auch die deutsch-türkischen Beziehungen erlebten einen „Kalten Krieg“; die Ministerpräsidenten beider Staaten suchten jedes mögliche Zusammenkommen zu vermeiden. Noch Ende September 1997 hatte der türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz Deutschland besucht und gesagt, daß er aus Bonn erhalten habe, was er wollte. Der Besuch wurde in der türkischen Presse als großer Erfolg bezeichnet und die türkische Regierung glaubte in der Tat, mit der Unterstützung Deutschlands in Luxemburg rechnen zu können. Von Bonn wurde aber dementiert, daß die deutsche Regierung irgendwelche Versprechungen an die Türkei gemacht hätte. Nach Luxemburg waren die deutsch-türkischen Beziehungen verletzlicher denn je. Die Türkei lehnte in der Folge ab, an der Londoner Europa-Konferenz – eine französische Idee – am 12.3.1998 teilzunehmen, die eine Annäherung der Türkei an Europa bringen sollte. Die türkische Regierung hielt weiter an ihrer Politik des „no political dialogue“ fest; hingegen wurden die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU im Rahmen der Zollunion und bilateral weiter fortgesetzt. Immer wieder wurde betont, daß Griechenland nicht die EU benutzen und auf diesem Wege der Türkei Lösungen diktieren dürfe; die Türkei würde dies nie akzeptieren. Mesut Yilmaz wurde besonders nach der Londoner Konferenz immer bissiger und drohte der EU, den türkischen Antrag auf die Mitgliedschaft ganz zurückzuziehen, wenn der Türkei seitens der EU nicht beim Gipfel in Cardiff im Juni 1998 der Kandidaten-Status gewährt würde. Er kritisierte auch die Haltung Deutschlands gegenüber der EU und verwickelte sich in ein „Wortgefecht“ mit dem deutschen Außenminister Klaus Kinkel. Yilmaz beschuldigte die deutsche Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa der Fortsetzung der „Lebensraumpolitik“ der Naziperiode. Diese Aussage kühlte die beiderseitigen Beziehungen weiter ab; die „Eiszeit“ dauert noch an.

Das Gipfeltreffen der EU im Juni 1998 in Cardiff brachte auf beiden Seiten keine wesentlichen Änderungen. Die Erklärung des türkischen Außenministeriums, daß die EU in ihrer diskriminierenden Haltung gegenüber der Türkei keinen Schritt zum positiven unternommen habe – die Türkei werde immer noch nicht als Kandidat wie die anderen elf Beitrittskandidaten genannt, solange die Konditionen von Luxemburg nicht verändert würden, könne sie die Türkei weiterhin nicht akzeptieren – verstärkte nur das „kalte Klima“. In der Tat war der Gipfel von Cardiff sicherlich keine Revision von Luxemburg. Einziges Ergebnis von Cardiff war eine spezielle Europa-Strategie für die Türkei, mit vorerst ungeklärten finanziellen Ressourcen. Ein letzter Versuch des britischen Premiers Tony Blair, der Türkei die versprochene Finanzhilfe wegen der Zollunion zu bewilligen, scheiterte am griechischen Veto, obwohl Blair sogar den amerikanischen Präsidenten Clinton gebeten hatte, zugunsten der Türkei zu intervenieren. Die Türkei wiederholte sogleich ihren Vorwurf, es werde immer klarer, wie sehr Griechenland die EU als Gefangene für seine eigenen Interessen genommen habe.²³

Angesichts dieser Entwicklung ist die Diskussion über eine Mitgliedschaft in der EU für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre für viele Türken kein Thema mehr. Der Druck ist weg, aber das Ziel bleibt. Für die traditionell westlich orientierte türkische Staatsstruktur ist es

²³ Mehmet Ali Birand, Why Turkey and Europe must make a new start, in: Turkish Daily News, 30.6.1998; Bülent Akarcali, What happened on the way from Luxemburg to Cardiff?, in: Turkish Daily News, 2.7.1998.

besonders schwierig, die Idee der Vollmitgliedschaft aufzugeben, sind doch „Europäisierung“ und „Westernisierung“ der Türkei Grundpfeiler des türkischen Staates. In seiner Rede vom 5.5.1998 im Washington Institute for Near East Policy erklärte Parlamentspräsident Hikmet Cetin in diesem Sinne, daß die Türkei auf ihren Westernisierungsprozeß nicht verzichten würde. Die Türkei habe jetzt eine neue Aufgabe als Brücke zwischen Islam und Christentum, auch wenn die Türkei vorübergehend von der EU ausgeschlossen bleibt.

In letzter Zeit sind viele Stimmen in der EU zu hören, daß der Türkei die Tür doch nicht ganz geschlossen bleiben sollte. Die Etablierung einer „working relationship“ zwischen der EU und der Türkei ist eine Notwendigkeit; das Fehlen einer gemeinsamen Politik führt zu keinem Ergebnis. Sicherlich befindet sich auch die Türkei in einem politischen Dilemma, vor allem in der Innenpolitik, wo es seit zehn Jahren nicht gelang, eine politische und wirtschaftliche Stabilität zu erreichen. Trotzdem ist die Türkei seit zwei Jahren relativ stabil und wirtschaftlich geht es aufwärts. Die Türkei ist auf Platz 17 in der Weltökonomie mit einem Bruttosozialprodukt von 379 Mrd. US-Dollar. Mit großem Abstand führt die türkische Wirtschaft in der Region Balkan, Schwarzes Meer und Mittlerer Osten. Neben China, Polen und Indien hat die Türkei das weltweit schnellste Wirtschaftswachstum, wie dies das Salomon Smith Barney Institute in Amerika voraussieht. Die Türkei kann nicht mehr als „backward and shaky economy“ bezeichnet werden.²⁴

In strategischer Hinsicht werden die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, wie vorher beschrieben, weiterhin problematisch bleiben. Ohne die amerikanische Präsenz in Europa würde die Zukunft für die Türkei zweifellos düsterer aussehen. Europa wird vorgeworfen, keine strategische Vision zu besitzen – dies ist nicht ganz richtig; Europa hat doch eine Vision, aber ohne die Türkei. Die regionalen Entwicklungen werden jedoch Europa vermutlich auch über die Politik gegenüber der Türkei weiter nachdenken lassen. Die Türkei wiederum muß die Ziele der westlichen Sicherheitspolitik neu überdenken. Viele Erklärungen europäischer Politiker und Funktionäre erhöhen die Skepsis in Ankara. Das letzte Beispiel dafür lieferte der britische Außenminister Robin Cook, als er sagte, daß die türkischen Ostgrenzen keine Grenzen Europas wären – eigentlich die provokativste Aussage in letzter Zeit.²⁵

Die US-amerikanische Dimension in der türkischen Außenpolitik

Während sich die Beziehungen der Türkei zu Europa verschlechtert haben, sind die Beziehungen mit den USA in eine positive Phase eingetreten. Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Golfkrieg haben sich die Beziehungen in vieler Hinsicht verstärkt, wenn dies auch nicht immer problemlos vor sich ging.²⁶ Besonders während der Verhandlungen über die Zollunion zwischen der Türkei und der EU in den Jahren 1994 und 1995 hatten sich die USA sehr für die Türkei engagiert, daß dieses Abkommen ratifiziert werde. Das amerikanische Interesse hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU hat einen strategischen Hintergrund: für die USA ist klar, daß die Türkei im Westen verankert bleiben sollte. Obwohl der US-Administration klar ist, daß ihr Druck auf Europa nicht so stark ist wie zu Zeiten des Kalten Krieges, betonte Präsident Bill Clinton in seiner

²⁴ Özdem Sanberk (türkischer Botschafter in London), Rede im Washington Institute for Near East Policy mit dem Titel „The Outlook for the Relations between Turkey and the European Union after the Cardiff Summit“ (21.7.1998, Washington DC).

²⁵ Auszug eines Fernseh-Interviews David Frosts mit dem britischen Außenminister am 1.1.1998 (BBC-1).

²⁶ Für den Kalten Krieg siehe George Harris, *Troubled Alliance: Turkish-American Problems*, in: *Historical Perspective 1945-1971* (Washington: American Enterprise Institute, 1972). Für die Zeit nach dem Golfkrieg siehe Stephen Larrabee, *The Troubled Partnership: Turkey and Europe* (RAND-Studie P-8020, Santa Monica 1998)

Pressekonferenz am 16. Dezember 1997 auf die Frage nach der EU-Entscheidung von Luxemburg, er halte es für äußerst wichtig, „daß wir alles Vernünftige tun, um die Türkei im Westen zu verankern“. Dort gebe es ein säkulares islamisches Regierungssystem, das ein verlässlicher Verbündeter des Westens gewesen sei. Die Türkei habe auch große Unterstützung für die Operationen im und um den Irak geleistet. Die Türkei habe auch die Operationen im Golfkrieg unterstützt. Größe und geostrategische Lage machten dieses Land ungeheuer bedeutsam.²⁷

Nur wenige Tage nach der Luxemburger Entscheidung eilte Ministerpräsident Mesut Yilmaz in der letzten Dezemberwoche 1997 nach Washington, um sich Rat zu holen. Dieser Besuch war auch ein Signal dafür, daß für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik die „amerikanische Dimension“ weiterhin stark ist und die Türkei ein verlässlicher Partner der USA in dieser Region bleiben will. Die türkische und internationale Presse zeigte nach den Gesprächen großes Interesse, welche neue Konstellation sich in der Region ergeben würde, die politisch zu vertreten ist. Beim Gipfel der Organisation der Islamischen Staaten in Teheran im November zeigte sich wieder, daß die engen politisch-militärischen Beziehungen der Türkei zu Israel vielen anderen islamischen Staaten, die Israel als „offiziellen Feind“ sehen, ein Dorn im Auge sind und eine Belastung für die türkischen Beziehungen mit manchen islamischen Staaten. Im Jahr 1998 erlebten die türkisch-israelischen Beziehungen besonders im militärischen Bereich ein „goldenes Jahr“. Bei seinem Besuch in Jerusalem im Juni 1998 wurde der türkische Außenminister Ismail Cem sowohl von der israelischen Regierung wie von Staatspräsident Ezer Weizmann sehr freundlich empfangen. David Bar-Ilan, ein Berater des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, lobte die Türkei als „die andere Demokratie in der Region neben Israel und ‚westlich‘ orientiert [...] wie Israel“ und betonte die Wertegemeinschaft zwischen beiden Staaten. Außerdem ist die israelische Türkeipolitik besonders interessant, weil Israel in dieser Region einen verlässlichen Partner wie die Türkei braucht. Die türkisch-amerikanisch-israelische Achse im Mittleren Osten wird sicherlich neue Parameter für die Politik wie für die Wirtschaft bringen. In mancher Weise sitzt die Türkei, etwa in der Palästinafrage, sicherlich „zwischen zwei Stühlen“. Doch bleibt es ein Faktum, daß die Türkei ein regionaler Faktor ist und auch in der Zukunft bleiben wird.

Für die USA ist die Türkei ein Teil Europas; sie unterstützt daher diplomatisch die Bemühungen, die Türkei in alle möglichen europäischen Institutionen hineinzubringen. Die folgenden Punkte erklären die allgemeine amerikanische Betrachtungsweise im Falle der Türkei:

- Die USA verstehen die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei und drängen daher nicht auf eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zeit.
- Allerdings wollen die USA auch nicht, daß die Tür für die Vollmitgliedschaft in der EU zugeschlossen wird. Vor allem – und noch wichtiger – dürfe die Türkei nicht das Gefühl haben, daß die Türen der EU für sie für immer geschlossen seien. Im allgemeinen würde es Washington gerne sehen, daß der Plan der EU für die Türkei („pre-accession strategy“) die strategische Bedeutung der Türkei nicht unterschätzt und die Türkei daher als ein „Asset“ für den Westen erhalten bleibt. Aus der Sicht Washingtons wäre es Aufgabe der USA, die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Türkei abzudecken, während Europa und EU dazu dienen sollten, die Türkei „zivilisatorisch“ zu verankern. Die USA befürworteten daher die gleiche Behandlung der Türkei mit den anderen „Kandidaten“ – in Folge der Entscheidung von Luxemburg kritisierte daher ein anonymer US-Diplomat die „politische Kurzsichtigkeit“ und den Mangel an „politischer

²⁷ Vgl. Daily Washington File (USIS Washington DC), 17.12.1997 (elektronisch unter: <http://www.usia.gov/current/news/latest/9712607.tlt.html/products/wasfile/newsitem.shtml>).

Aufrichtigkeit“ in Europa. Er bezeichnete die Aussagen des Gipfels als inakzeptabel und das Angebot der EU an die Türkei als bedeutungslos.²⁸

- Ebenso lehnen die USA die Idee entschieden ab, daß die EU ein auf christlichen Werten basierendes „zivilisatorisches Projekt“ sei – einige europäische Politiker hatten ja die Frage der „christlichen“ Tradition der EU zur Sprache gebracht.
- Die USA möchten vermeiden, daß die Türkei aus großer Enttäuschung über die EU überreagiert. Die Türkei sollte weiterhin mit den Institutionen der EU so eng wie möglich zusammenarbeiten, auch wenn der „Kandidaten-Status“ in absehbarer Zeit nicht auf der Tagesordnung stehen wird.
- Die USA haben auch kein Interesse, daß die EU-Politik die Lage auf Zypern verschlechtert. Die offiziellen EU-Erklärungen, daß die Aussicht auf eine Mitgliedschaft (Süd-) Zyperns einen Anreiz für eine Lösung auf der Insel bieten würde, verkennen die Realitäten des Zypernproblems. Seit vielen Jahren versuchen auch die USA, dieses Problem zu lösen, doch blieb bislang auch ihnen der Erfolg versagt. Die USA treten daher für eine zypriotische Mitgliedschaft in der EU erst dann ein, wenn das Zypernproblem zwischen den beiden Volksgruppen gelöst ist.
- Die USA würden auch gerne sehen, daß die EU ihren Einfluß über Griechenland stärker ausüben sollte, um die gespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland zu reduzieren. Besonders seit August 1997 sind die Beziehungen wegen der Zypernfrage gespannter denn je.

Eine gemeinsame europäisch-amerikanische Türkeipolitik wird es unter diesen Umständen nicht geben, obwohl beide Seiten in manchen Punkten, wie etwa hinsichtlich der Menschenrechte oder der Kurdenfrage, manchmal ähnliche Positionen vertreten. Doch bleibt für die Türkei wie für die USA die politische Realität, daß die Türkei „europäisch ohne Europa“ bleiben wird. Für die Türkei bleibt der Westen weiterhin die einzige Alternative und Richtung.²⁹

Eine neue Europapolitik?

Die Türkei verfolgte bisher, wie auch wissenschaftlich zu belegen ist, keine „Europapolitik“ im erweiterten Sinne, hatte jedoch sehr gute bilaterale Beziehungen mit den europäischen Staaten. Erst seit der Enttäuschung über die ablehnende Haltung der EU in Luxemburg verstärken sich die Stimmen, die eine umfassende Europapolitik fordern. In der seit Ende des Kalten Krieges geänderten regionalen und internationalen Lage benötigt die Türkei eine neue Risikoanalyse und Re-Evaluierung ihrer Politik gegenüber Europa, die seit der „Tanzimat-Periode“ ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ziemlich konstant geblieben war. Die Türkei war und ist sicherlich nicht ein abendländisches Land im kulturellen oder religiösen Sinne, doch war sie eine europäische Macht und wird dies, wie es scheint, auch in Zukunft bleiben.

Die Diskussionen über die europäische Identität der Türkei wurden bis jetzt im allgemeinen oberflächlich geführt. An den europäischen Universitäten sind es meistens die Orientalisten, die über die Türkei immer noch nostalgisch, durch die Brille des 19. Jahrhunderts gesehen, schreiben. Die moderne Türkei und ihre Modernisierung hingegen stellt, besonders im deutschsprachigen Raum, eine große wissenschaftliche Lücke dar. Auch in der Türkei gibt es nicht so

²⁸ Für die türkische Israelpolitik: Hüseyin Bağcı, Turkey between two Chairs: Israel und Palestine, in: Turkish Daily News, 2.7.1998; vgl. Alan Makosvky, Turkey's Faded European Dream, in: The Parameters of Partnership: Germany, The U.S. and Turkey - Challenges for German and American Foreign Policy (Conference Report, American Institute for Contemporary German Studies, Washington DC: The Johns Hopkins University, 1998), S. 51-65.

²⁹ ebd.

viele Okzidentalisten, die über die sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen arbeiten. Erst in den letzten zehn Jahren zeigt sich in dieser Hinsicht eine positive Tendenz, die sich in Zukunft noch verstärken mag. In Europa werden Studien über die Türkei meistens als „institutionelle Studien“ angelegt und behandeln die organischen Beziehungen der Türkei zu Europa.

Eine weitere Tendenz in der Türkei darf nicht außer Acht gelassen werden. Zum ersten Male stellt man in der Türkei offen die Frage, wo man im Zuge der „Westernisierung“ und „Europäisierung“ seit dem 19. Jahrhundert Fehler begangen hat. In den Worten von Samuel Huntington gibt es keine andere Nation in der Welt, welche sich so freiwillig einer Europäisierung – im Sinne des 19. Jahrhunderts: Modernisierung – im europäischen Sinne unterzog. Schon vor dem Luxemburger Gipfel der EU stellte er die Frage nach der europäischen Identität der Türkei. Dieser Luxemburger Gipfel stellt sicherlich einen Wendepunkt in der türkischen Europabetrachtung und ihrer „Europaidentität“³⁰ dar; die Enttäuschung über Europa ist sehr tief und wird es auch bleiben. Weder die moderne türkische Gesellschaft noch der Staat hatten, in den Worten eines bekannten Journalisten in der Türkei, eine klare „Existenzstrategie in Europa“ gehabt, was sich jetzt, nach 75 Jahren, als großer Fehler herausstellt. Doch sollte man auch nicht übersehen, daß es durch die globale technische und wissenschaftliche Entwicklung jetzt einfacher als früher ist, eine solche „Existenzstrategie“ zu entwickeln.

Die Suche der Türkei nach neuen Partnern und Optionen wird sich jedoch in der Zukunft verstärken. In letzter Zeit sind solche Versuche gang und gebe und die türkische Außenpolitik scheint diesbezüglich dank der Entwicklungen in den letzten zehn Jahren einen breiteren Spielraum zu haben als vorher. Die Türkei braucht zwar keine Alternativen zu Europa im erweiterten Sinne, jedoch unbedingt neue außen- und sicherheitspolitische Visionen.³¹ Sie sollte aber auch bei ihrer Suche nach neuen Optionen ohne Europa „europäisch“ bleiben.

BAGCI Hüseyin, Prof. Dr.
Department of International Relations,
Middle East Technical University, Ankara.

³⁰ Nilgün Cerrahoglu, Existenzstrategie in Europa, in: Milliyet (Tageszeitung), 25.12.1997; Samuel Huntington, Kampf der Kulturen (1996), hier besonders Kapitel 6.

³¹ Hüseyin Bagci, Die Türkei wird sich andere Partner suchen und sie braucht neue Visionen, in: Die Weltwoche, 24.12.1997. Die Türkei startete kürzlich einen „Aktionsplan“ für Afrika und Lateinamerika; wie erfolgreich dieser sein wird, ist eine Frage der Zeit. Aber hier geht es um die Suche nach „neuen Partnern“, die bis jetzt vernachlässigt worden waren. Siehe Sibel Utku, Turkey inaugurates Africa Action Plan, in: Turkish Daily News, 10.8.1998.